

Rückblick auf die Arbeit des LER

„Eltern sind keine homogene Gruppe, sondern ein Spiegelbild der Gesellschaft. Es gibt Arme und Reiche, unterschiedliche Religionen und Weltanschauungen, Eltern mit behinderten Kindern und mit besonderen Begabungen, oft sind die Grenzen fließend und eine Kategorisierung problematisch.

Was Eltern eint, ist die alltägliche Erfahrung, dass ihr Kind etwas Besonderes ist, mit individuellen Begabungen und Eigenschaften. Eltern erwarten von Schule, dass ihr Kind auch entsprechend gewertschätzt und gefördert wird. Dieses Motto der individuellen Förderung aller Kinder zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Arbeit. Wir haben deshalb konkrete Forderungen zum Pilotprojekt Inklusion aufgestellt, die inzwischen weitgehend aufgenommen wurden, wie Senkung der Klassenfrequenz, Schulung der Lehrkräfte, 2 Lehrkräfte im Unterricht, Wiedereröffnung des Fachbereichs Sonderpädagogik.

Dass dafür mehr Lehrkräfte und insbesondere die Referendare eingestellt werden müssen, haben wir auch mit einer ungewöhnlichen Methode zum Ausdruck gebracht, indem innerhalb weniger Tage die Mailpostfächer des Ministeriums mit Protestmails aus allen Teilen des Landes überfüllt wurden.

Der Amtsbeginn von Frau Dr. Münch Anfang 2011 war geprägt vom Festhalten an Sparzielen und dem Gerücht, dass alle Förderschulen geschlossen werden sollten. Das führte in der Elternschaft und ihren Gremien zu großem Protest und nach und nach einem Umdenken in der Landesregierung. Das Ministerium hat auf mehrere Forderungen des LER positiv reagiert und teilweise auch umgesetzt. Die gute Öffentlichkeitsarbeit in den letzten zwei Jahren, die vielbeachtete und immer aktuelle Internetseite und eine entsprechende Medienpräsenz waren dazu sicherlich hilfreich.

Inzwischen wurden nicht nur Sparziele für die Bildung aufgegeben, sondern 133 Lehrkräfte für Gemeinsamen Unterricht an den Pilotschulen zusätzlich eingestellt. Ab 1.1.2014 wird mit weiteren hundert Lehrkräften und Vertretungsbudgets an den Schulen der Unterrichtsausfall bekämpft. Gleichzeitig hat der LER erreicht, dass Sonderpädagogen nur noch sehr eingeschränkt für Vertretungszwecke abgezogen werden dürfen. Die von uns erkämpfte Regelung in der VV Unterrichtsorganisation muss aber immer wieder vor Ort in Erinnerung gerufen werden, denn nicht alle Schulleiter halten sich daran. Mehr Geld soll auch in die Betreuung behinderter Kinder in den Horten fließen. Bisher mussten die meisten Eltern das aus eigener Tasche bezahlen. Schließlich sei noch die Kostenerstattung für Lehrkräfte bei Klassenfahrten genannt, die allerdings erst nach entsprechenden Gerichtsurteilen umgesetzt wird.

In der bildungspolitischen Diskussion hat sich der LER von ideologisch motivierten Äußerungen abgegrenzt:

In der hitzigen Inklusionsdebatte haben wir uns nicht auf einen Streit zwischen „Schließung aller Förderschulen“ oder „Erhalt aller Förderschulen“ eingelassen. Eltern, die ihr Recht auf Beschulung der Kinder in einer Regelklasse wahrnehmen wollen, haben wir unterstützt und mit Nachdruck immer wieder konkrete Verbesserungen der Bedingungen angemahnt. Für Kinder, die aus Sicht der Eltern in den Regelklassen nicht gut aufgehoben sind, müssen Förderschulen oder ggf. Fördergruppen bzw. Kooperationsklassen bereitgehalten werden.

Im ebenfalls teilweise ideologisch geprägten Streit um das richtige Schulsystem (Oberschule gegen Gesamtschule) hat der LER eine pragmatische Haltung. Das Angebot an Gesamtschulen muss erweitert werden, denn sie sind seit Jahren stark nachgefragt. Dennoch gibt es im Lande auch viele

Oberschulen, die bei den Eltern anerkannt sind und entsprechend unterstützt bzw. erweitert werden sollten, insbesondere auch hinsichtlich der Vorbereitung auf die Oberstufe.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die Zusammenarbeit des LER mit dem Ministerium positiv entwickelt hat und die Forderungen aus der Elternschaft ernster genommen werden.“

Wolfgang Seelbach, 16.11.2013